

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - VW/015(VII)/21			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 10.09.2021	Ratssaal	15:00Uhr	18:00Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper  
Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung der Niederschrift vom 04. 06. 2021 - öffentlicher Teil
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Beschlussvorlagen
- 6.1 Zulage für Zahnärztinnen und Zahnärzte der Landeshauptstadt Magdeburg  
BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung DS0331/21
- 7 Anträge
- 7.1 Informationspflicht vor Baumfällungen A0026/21  
Ausschuss UwE  
Ausschuss StBV

7.1.1	Informationspflicht vor Baumfällungen SPD-Stadtratsfraktion	A0026/21/1
7.1.2	Informationspflicht vor Baumfällungen BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	S0179/21
7.2	Sicherung und Zukunftskonzept für das AMO-Kulturhaus Kulturausschuss	A0113/21
7.2.1	Sicherung und Zukunftskonzept für das AMO-Kulturhaus CDU-Ratsfraktion	A0113/21/1
7.2.2	Sicherung und Zukunftskonzept für das AMO-Kulturhaus BE: Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport	S0301/21
7.3	Benennung von Straßen und Plätzen Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0068/21
7.3.1	Benennung von Straßen und Plätzen BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	S0176/21
7.4	Bessere Fernbahnanbindung der Landeshauptstadt Magdeburg CDU-Ratsfraktion	A0126/19
7.4.1	Bessere Fernanbindung der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion GRÜNE/future!	A0126/19/1
7.4.2	Bessere Fernbahnanbindung der Landeshauptstadt Magdeburg S0381/20 BE: Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit	
8	Verschiedenes	

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Dr. Lutz Trümper

**Mitglieder des Gremiums**

Dr. Lydia Hüskens

Hagen Kohl

Ronny Kumpf

Olaf Meister

Oliver Müller

Jens Rösler

Frank Schuster

Wigbert Schwenke

Roland Zander

Stephan Bublitz

Christian Hausmann

Dennis Jannack

**Geschäftsführung**

Andrea Behne

**Verwaltung**

Dr. Anne Ignatuschtschenko

i.V.f. SRin Linke  
i.V.f. SR Dr. Grube  
i.V.f. SRin Lösch

Abwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Dr. Falko Grube

Madeleine Linke

Nadja Lösch

---

## Öffentliche Sitzung

---

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

### 4. Genehmigung der Niederschrift vom 04. 06. 2021 - öffentlicher Teil

---

Die Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 04. 06. 2021 – öffentlicher Teil – wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bei 3 Enthaltungen genehmigt.

### 5. Einwohnerfragestunde

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind keine Bürger\*innen anwesend.

### 6. Beschlussvorlagen

---

#### 6.1. Zulage für Zahnärztinnen und Zahnärzte der Landeshauptstadt Magdeburg Vorlage: DS0331/21

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Leiterin des Fachbereiches 01 Frau Mittendorf teil.

Auf Nachfrage des Stadtrates Kohl, Fraktion AfD, macht der Oberbürgermeister erläuternde Ausführungen zu den Aufgaben der Zahnärzte und Zahnärztinnen der Landeshauptstadt Magdeburg. Dabei verweist er darauf, dass diese im öffentlichen Bereich tätig sind. Sie nehmen Untersuchungen bei Kindern vor und beraten zu Fragen der Zahngesundheit. Insbesondere merkt er an, dass die Zahnärzte und Zahnärztinnen keine Behandlungen vornehmen.

Ergänzend führt die Fachbereichsleiterin Frau Mittendorf auf, dass eine wesentliche Aufgabe ist, z.B. Transferleistungsempfänger\*innen, die nicht krankenversichert sind bzw. Leistungen benötigen, die nicht durch eine Krankenversicherung gedeckt sind, hinsichtlich einer zahnärztlichen Versorgung zu beraten. Sie merkt an, dass die öffentliche Hand diese Leistungen übernimmt.

Stadtrat Bublitz, Fraktion GRÜNE/future!, erklärt, der Drucksache zustimmen zu können. Vor dem Hintergrund, dass bis 2030 ca. 800 Zahnärzte und Zahnärztinnen in Sachsen-Anhalt in Rente gehen werden sei es für die Aufrechterhaltung der zahnärztlichen Versorgung wichtig, Zahnärzte und Zahnärztinnen im Land zu halten. Dafür sei eine gute Bezahlung unerlässlich.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0331/21 in seiner Sitzung am 07. 10. 2021 zu beschließen.

## 7. Anträge

---

- 7.1. Informationspflicht vor Baumfällungen  
Vorlage: A0026/21
  - 7.1.1. Informationspflicht vor Baumfällungen  
Vorlage: A0026/21/1
- 

Zum Hintergrund des Antrages informiert Stadtrat Schuster, CDU-Ratsfraktion, dass die Baumfällungen in der W.-Rathenau-Straße Anlass für die Antragstellung waren.

In seinen Ausführungen vertritt Stadtrat Meister, Fraktion GRÜNE/future!, die Auffassung, dass der vorliegende Antrag Teilbereiche umfasst, die bereit vorhanden sind. So habe bereits der Eigenbetrieb SFM darüber berichtet, was hinsichtlich der Baumfällungen geplant sei. Der Antrag sehe jedoch auch vor, Informationen zu erhalten, was in privaten Bereichen geplant ist. Die in der Stellungnahme enthaltene Darlegung, dass dies rechtswidrig sei, sieht er als nicht ganz korrekt an. Stadtrat Meister hält es für unproblematisch, dass auch zu privaten Bereichen informiert wird und spricht sich dafür aus, dem Antrag zuzustimmen.

Der Oberbürgermeister stellt klar, dass sich die Verwaltung mit der Informationspflicht nicht in eine zeitliche Abhängigkeit bringen dürfe. Wenn erforderliche Maßnahmen umgesetzt werden müssen, dürfen diese nicht dadurch aufgehalten werden, dass zunächst eine Information an den Stadtrat gegeben werden muss.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, nimmt Bezug auf die Ausführungen des Beigeordneten für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz im Ausschuss KRB, dass der Antrag auf Grund entsprechender gesetzlicher Regelungen so nicht umgesetzt werden kann. Er erklärt seine Ablehnung zum Antrag.

Der Oberbürgermeister stellt fest, dass sowohl der Antrag A0026/21 als auch der Änderungsantrag A0026/21/1 der SPD-Stadtratsfraktion durch den Ausschuss KRB nicht zur Beschlussfassung empfohlen wurde. Nunmehr müsse der Stadtrat hierzu entscheiden.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und ohne Enthaltung dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0026/21/1 der SPD-Stadtratsfraktion in seiner Sitzung am 07. 10. 2021 nicht zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und ohne Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0026/21 der Ausschüsse UwE und StBV in seiner Sitzung am 07. 10. 2021 nicht zu beschließen.

7.1.2. Informationspflicht vor Baumfällungen  
Vorlage: S0179/21

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

7.2. Sicherung und Zukunftskonzept für das AMO-Kulturhaus  
Vorlage: A0113/21

---

Erläuternd zum Änderungsantrag A0113/21/1 führt Stadtrat Schwenke, CDU-Ratsfraktion, aus, dass hiermit versucht werden soll, den Ursprungsantrag weiter zu fassen, Hauptanliegen sei es, das AMO-Kulturhaus zu erhalten.

Der anwesende Bürgermeister Herr Zimmermann geht auf die Stellungnahme der Verwaltung ein und informiert, dass seitens der MVGM ein entsprechendes Nutzungskonzept erarbeitet und auch der Stadtrat damit befasst wird.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, kritisiert, dass zu diesem Tagesordnungspunkt die zuständige Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport nicht anwesend ist.

Bezug nehmend auf die Stellungnahme der Verwaltung informiert er, dass der Kultur-ausschuss im Mai im AMO-Kulturhaus getagt habe. Zu dieser Sitzung wurden u.a. auch der Leiter des Eigenbetriebes KGM, Herr Reum, der Geschäftsführer der WOB AU Herr Lackner sowie der Geschäftsführer der MVGM Herr Schüller eingeladen. Im Ergebnis der hier geführten Diskussion wurde der vorliegende Antrag A0113/21 formuliert. Stadtrat Müller vertritt die Auffassung, dass die Stellungnahme der Verwaltung am Thema vorbeigehe. Er bezeichnet es als gut, dass seitens der MVGM Ideen eingebracht werden, jedoch sollte auch die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, dass auch noch von anderen Personen Ideen vorgebracht werden. Seitens des Kulturausschusses sei nicht gewollt, erst einbezogen zu werden, wenn durch die MVGM ein Konzept vorgelegt wurde. Zielstellung soll es sein, dass gemeinsam Ideen entwickelt werden können und der Kulturausschuss von Anfang an einbezogen wird.

Der Oberbürgermeister stellt in seinen Ausführungen klar, dass es, wenn seitens der MVGM entsprechende Ideen vorgelegt werden, nicht bedeute, dass diese auch so umgesetzt werden. Hiermit soll lediglich die Grundlage gebildet werden für weitere Diskussionen im Kultur-ausschuss unter Einbeziehung weiterer Partner. Die Gesellschaft hat die Aufgabe übertragen bekommen, entsprechende Vorschläge auszuarbeiten.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, merkt an, dass jetzt der Kulturausschuss darauf warten soll, was seitens der Gesellschaft vorgelegt wird. Gewollt sei jedoch, dass von Anfang an gemeinsam an den Aufgaben gearbeitet werden soll.

Nach einer Aussage des Oberbürgermeisters zum Kulturausschuss trifft Stadtrat Müller die Feststellung, dass der Oberbürgermeister die Einbeziehung des Ausschusses als nicht schädlich ansieht.

Der Oberbürgermeister erklärt, keine eigene Arbeitsgruppe bilden bzw. einberufen zu wollen. In seiner Position als Aufsichtsratsvorsitzender der Gesellschaft führt er aus, dass die Stadthallensanierung vorr. bis 2023/24 dauern werde. Bis dahin werde sich auch am AMO-Kulturhaus nichts ändern. Deshalb bestehe auch keine Eile, das Projekt AMO zu bearbeiten.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, sieht es derzeit als verfrüht an, ein entsprechendes Konzept für das AMO-Kulturhaus zu erarbeiten, zumal noch nicht bekannt sei, wann die

Stadthalle wirklich fertiggestellt ist. Mit dem Hinweis auf die Corona—Pandemie merkt er an, dass diese die Situation der Veranstaltungsgeschäfte wie Tagungen und Messen merklich verändert hat. So habe die Pandemie Auswirkung auf die Frage, wie die Veranstaltungshäuser in welcher Form genutzt werden können. Außerdem müsse auch in Betracht gezogen werden, welche Veranstaltungshäuser noch dazu kommen könnten. Er legt seine Auffassung dar, dass ein fließender Übergang von der Fertigstellung der Stadthallensanierung bis zur Neuorientierung des AMO frühestens 2023 betrachtet werden kann.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, informiert kritisch, dass zur Sitzung des Ausschusses KRB im Juli ebenfalls kein Vertreter der Verwaltung zur Thematik des Antrages seiner Fraktion zur Rotehornbahn anwesend war, sodass dieser Antrag vertagt werden musste.

Zur Thematik des AMO-Kulturhauses erklärt er seine Befürwortung zum Antrag A0113/21 des Kulturausschusses. Er spricht sich dafür aus, ein Zeichen zu setzen, dass das AMO erhalten bleibt und nicht abgerissen wird.

Hierzu merkt der Oberbürgermeister an, dass es keinen Abriss geben wird.

Stadtrat Kohl, Fraktion AfD, hält den Änderungsantrag A0113/21/1 der CDU-Ratsfraktion, für obsolet, da lt. Aussage des Oberbürgermeisters ein Konzept seitens der MVGM vorgelegt wird.

Stadtrat Schwenke, CDU-Ratsfraktion, erklärt, den Änderungsantrag aufrecht erhalten zu wollen, da hiermit mehr Möglichkeiten gegeben werden sollen, ein Zeichen zum Erhalt des AMO zu setzen. Wie mit der Situation grundsätzlich umgegangen werden soll, müsse man dann sehen, in der Gründung einer Arbeitsgruppe sehe er jedoch keinen Sinn.

Stadtrat Meister, Fraktion GRÜNE/future!, macht darauf aufmerksam, dass es bereits einen Stadtratsbeschluss zum Erhalt des AMO gibt. Er legt seine Auffassung dar, dass Überlegungen angestellt werden sollten, wie nach 2023/24 weiter verfahren werden soll. Mit dem Hinweis, dass zunächst abgewartet werden soll, was seitens der Gesellschaft vorgelegt wird, erklärt er seine Enthaltung.

Bezug nehmend auf ein Gespräch mit dem Geschäftsführer der MVGM informiert Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, dass dieser deutlich gemacht habe, nicht sicher zu sein, wie die Zukunft des AMO-Kulturhauses aussieht und er nicht sagen könne, ob es hinsichtlich des AMO-Kulturhauses einen Sanierungsstau gibt. Stadtrat Müller äußert hierzu sein Verständnis, merkt jedoch an, dass es Signale hinsichtlich weiterer Ideen zur Gebäudenutzung gab. Insbesondere macht er darauf aufmerksam, dass Teile der Bevölkerung der Auffassung sind, dass das AMO nicht erhalten bleibt.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 2 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0113/21 der CDU-Ratsfraktion in seiner Sitzung am 07.10. 2021 nicht zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0113/21 des Kulturausschusses in seiner Sitzung am 07. 10. 2021 nicht zu beschließen.

- 7.2.1. Sicherung und Zukunftskonzept für das AMO-Kulturhaus  
Vorlage: A0113/21/1
- 

- 7.2.2. Sicherung und Zukunftskonzept für das AMO-Kulturhaus  
Vorlage: S0301/21
- 

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

- 7.3. Benennung von Straßen und Plätzen  
Vorlage: A0068/21  
7.3.1. Benennung von Straßen und Plätzen  
Vorlage: S0176/21
- 

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Stadträtin Dr. Hüskens, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, macht erläuternde Ausführungen zum Anliegen des Antrages.

Stadtrat Bublitz, Fraktion GRÜNE/future!, führt aus, dass sich die AG Straßennamen grundsätzlich an einer Namensliste orientiert und für Straßenbenennungen die entsprechenden Namen sucht. Er sieht in dem Antrag nichts Neues, spricht sich aber für eine Zustimmung aus.

Klarstellend merkt Stadträtin Dr. Hüskens an, keine Systematik für die Benennungen erkennen zu können. Sie glaube, dass sich der Stadtrat einen Gefallen tut, hier eine bestimmte Systematik hineinzubringen.

Stadtrat Meister, Fraktion GRÜNE/future!, verweist auf die Schwierigkeit der Vielzahl von Anträgen auf Straßenbenennungen und der Problematik, dass zumeist keine Aussage dazu getroffen wird, wo diese Ehrung erfolgen soll. So müsse erst die Straße gesucht werden, zu der der entsprechende Name passt.

Eingehend auf die Stellungnahme der Verwaltung verweist Stadtrat Schwenke, CDU-Ratsfraktion, auf die hier getroffene Aussage, dass sich die Liste aus Anträgen des Stadtrates sowie von Bürgern speist. Diese Namensvorschläge kommen erst dann zur Prüfung, wenn es einen geeigneten Anlass gibt. Er merkt an, dass so bereits verfahren wird und sieht damit den Antrag als nicht zielführend an.

In diesem Zusammenhang nimmt Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, Bezug auf die vorgesehene Benennung des Heinrich-Apel-Platzes und wirft die Frage hinsichtlich eines Termins für die Anbringung der entsprechenden Beschilderung auf.

Hierzu informiert der Oberbürgermeister diese Frage in seiner nächsten Dienstberatung mit den Beigeordneten zu klären.

Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, verweist darauf, dass es sich bei der AG Straßennamen um eine Einrichtung der Verwaltung handelt und kritisiert, dass dieses AG zu Zeiten tagt, an denen Mitglieder des Stadtrates nicht teilnehmen können. Er sieht es als wichtig an, dass die Beziehung zwischen AG und dem Ausschuss KRB besser gestaltet wird. Diese müsste über die Hauptsatzung geregelt werden.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0068/21 der Fraktion FDP/Tierschutzpartei in seiner Sitzung am 07. 10. 2021 nicht zu beschließen.

- 7.4. Bessere Fernbahnanbindung der Landeshauptstadt Magdeburg  
Vorlage: A0126/19
- 7.4.1. Bessere Fernanbindung der Landeshauptstadt Magdeburg  
Vorlage: A0126/19/1
- 

Der Oberbürgermeister erklärt, dass sich die Umsetzung des Antrages als schwierig erweist, aber weiter daran gearbeitet wird.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 6 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0126/19/1 der Fraktion GRÜNE/future! in seiner Sitzung am 07. 10. 2021 nicht zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und ohne Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0126/19 der CDU-Ratsfraktion in seiner Sitzung am 07. 10. 2021 zu beschließen.

- 7.4.2. Bessere Fernbahnanbindung der Landeshauptstadt Magdeburg  
S0381/20
- 

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

## 8. Verschiedenes

---

### 8.1. KLINIKUM MAGDEBURG

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, hinterfragt sowohl das weitere Vorgehen hinsichtlich der Kooperation des Klinikums mit der Universitätsklinik als auch den Zeitpunkt einer entsprechenden Information hierzu.

Hierzu informiert der Oberbürgermeister, dass sich die erforderlichen Gespräche schwierig und mühselig gestalten. Für die Schaffung eines gegenseitigen Vertrauens wurde ein eigenes Grundsatzpapier vorgelegt, welches jedoch im Aufsichtsrat des Klinikums nicht beschlossen wurde. Er legt dar, dass die Diskussion der Thematik in der Öffentlichkeit dazu geführt habe, dass im Landtag die Bildung dieses Verbundes in Magdeburg sehr kritisch gesehen wird. Insbesondere merkt er an, dass es noch keine größeren Erkenntnisse gibt.

## 8.2. Gedenkveranstaltung Liebknecht-Straße

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, kritisiert, dass die verkehrstechnische und ordnungsrechtliche Situation im Umfeld der Veranstaltung nicht optimal war. So gab es Probleme mit Fahrradfahrern im Bereich der Veranstaltung. Er äußert die Bitte, dass zukünftig für die Veranstaltung eine Verkehrssicherung vorgenommen wird. Im Weiteren verweist er auf die in diesem Bereich befindlichen Stellplätze und bezeichnet es als hilfreich, wenn für diese für die Zeit der Veranstaltung ein Parkverbot ausgesprochen würde, da durch den Verkehr die Veranstaltung teilweise gestört wurde.

Der Oberbürgermeister sagt zu, dies ebenfalls in seiner Dienstberatung zu klären.

## 8.3. Hyparschale

Stadtrat Kumpf, Fraktion AfD, wirft die Frage auf, ob nach Fertigstellung der Sanierung der Hyparschale die Betreuung der Halle durch die MVGM übernommen wird.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass dies noch nicht bekannt sei. Er merkt an, dass auf Grund des Fördermittelverfahrens hier regelkonform gehandelt werden muss. Die Nachfrage des Stadtrates Kumpf hinsichtlich der Übernahme des Caterings kann durch den Oberbürgermeister nicht beantwortet werden. Er verweist jedoch auf den Zusammenhang mit dem Catering der Stadthalle.

Hinweis: Stadträtin Dr. Hüsken, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, und Stadtrat Kumpf, Fraktion AfD, verlassen die Sitzung.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Dr. Lutz Trümper  
Vorsitzender

Andrea Behne  
Schriftführerin